

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatzleistung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 4046 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 65 A

BERLIN • Donnerstag den 17. März 1932

1. JAHRGANG

Die Lage der Arbeiterschaft.

Die Notwendigkeit einheitlicher Aktionen der Arbeiterschaft.

Von Willi Eichler.

Republikanische Errungenschaften.

Für den, der die politische Entwicklung der deutschen Republik nicht erst seit einigen Wochen verfolgt, kann das Urteil über die politische Reife des deutschen Volkes nicht zweifelhaft sein. Am treffendsten hat es einer der ehemaligen Könige Deutschlands formuliert: „Ihr seid mer scheene Rebuliganer!“ Das trifft in der Tat den Nagel auf den Kopf. Unter dem Wort Republikaner versteht man einen Menschen, der Sinn und Verständnis hat für die öffentlichen Angelegenheiten, der für Recht, Freiheit und Kultur eintritt, und der deshalb dafür arbeitet, daß der und nur der an der Regierung sich befindet, der diesen Idealen dient. Das deutsche Volk — einig in seinen Stämmen von WOLFF bis STRASSER, und einig in seinen Parteien von THALMANN bis HITLER — beweist, daß ihm diese Ideale etwas fernstehen. Wie sollte sonst der Sieg der Generale (nicht nur HINDENBURGS, sondern auch, und vor allem, der SCHLEICHERS, GROENERS und ihrer Kameraden), der Kirche und der Kapitalisten, kurz: der ganzen Reaktion erklärt werden können.

Die Verächter des Volkes.

Freilich: „Das deutsche Volk“ hat an diesen Zuständen am wenigsten Schuld. Wo sollte Vernunft und Anstand regieren, wenn die, die dazu angehalten werden, nachzudenken, die sogar von den Groschen der Steuerzahler oder Beitragszahler bezahlt werden (und zwar reichlich!); die Führer des Volkes, seine Lehrer, Professoren, Parteiführer, — wenn die dem „Volke“ einreden, so etwas wie Vernunft und Wissenschaft hätte in der Politik keine Bedeutung. Es ist in der Tat der Wirkung nach gleich, ob man die Vernunft durch mystische Fabeln vom Blut oder durch solche von der „Entwicklung“ oder durch Schimpfen über „höheres Blech“ erstickt. Und es ist nicht weniger töricht, diese Fabeln zu bekämpfen oder zu ergänzen mit der von der „Gottesstimme des Volkes“, womit man die mit Stimmzetteln angefüllte Kiste im Wahllokal meint. Wo ein Volk erst soweit heruntergekommen ist, sein Heil in dogmatischen Thesen zu suchen, sich auf die angeblichen Forderungen Gottes, des Volkes oder des Blutes zu berufen, da ist das Feld für Geschäftemacher und Schwadroniere aller Arten und Farbe bestellt.

Ich will aus Gründen der Raum- und Zeitersparnis, und weil ich nicht „Automaten etwas vorbuchstabieren“, sondern denkende Menschen überzeugen will, hier nur auf die Zeitungen verweisen, die sich an den Tagen nach der Wahl auf versteckte Weise geradezu lustig machten über das „Volk“. Ich betone, daß keine der großen Parteizeitungen sich von dem modernen Tanz um das „soveräne Volk“ zurückgehalten hat, von der Verhöhnung dieses in Wirklichkeit von seinen Vormündern bekannter und unbekannter Art aufs schäblichste geschundenen Volkes. Wer Augen hat, zu lesen, der lese!

Das „System“.

Es ging den meisten Wählern HINDENBURGS eingeständenermaßen um die „Erhaltung des Systems“ gegenüber den Forderungen der Nationalsozialisten und der Kommunisten. Worin liegt das Charakteristische dieses Systems? Es liegt darin, daß mit staatlicher Hilfe Unrecht in vielerlei Form geschieht, das zwar im Sprachgebrauch nicht Unrecht heißt, sondern Kapitalismus, Klerikalismus, Justiz u. s. w., das aber als Unrecht empfunden wird, und zwar besonders jetzt, weil sich die Träger dieses Systems in eine unerhörte Krise hineinmanövriert haben. Die ökonomische Krise hat viele Millionen Menschen aufs Pflaster geworfen; die politische Krise seit dem Weltkrieg hat die Gefahr neuer furchtbarer Kriege in nächste Nähe gerückt, die Justiz hilft statt der Gerechtigkeit (wie der Name vermuten läßt!) den Machthabern. Das ist das System!

Wer braucht dieses System?

Daß die Kapitalisten an der Erhaltung dieses Systems interessiert sind, ist klar. Sie haben ihre neue Schutztruppe eingerichtet, da die bisherige nicht ganz genügte. So wuchs das, was wir Faschismus nennen: Die (vorläufig noch) private Hilfstuppe der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der Arbeiterschaft. Das ist die eigentliche Aufgabe der HITLER-Horden.

Selbstverständlich kann eine solche Aufgabe nicht öffentlich proklamiert werden — das duldet die äußere Aufmachung eines „Rechtsstaates“ nicht. So heißt denn die Partei: national, sozialistisch, deutsch und Arbeiter-Partei — jedes Eigenschaftswort einen Schwindel deckend. Aber da sie öffentlich gegen das „System“ schimpfen darf (was ihr Führer bei Industriellen-tagungen sicher nicht tut, da er sonst auch dabei öffentlich reden könnte und würde), zieht sie viele Leute an, die auch gegen das „System“ kämpfen. Freilich bekommt sie dabei nicht die klassenbewußte Arbeiterschaft (wenigstens vorläufig noch nicht!), son-

Neuer Konflikt zwischen Japan und Rußland.

Truppenbewegungen. — Rücktritt des japanischen Innenministers. Erklärung der mandschurischen Regierung.

Die Proteste der chinesischen Regierung gegen die neue mandschurische Regierung und die Zusammenziehung japanischer Truppen an der russisch-mandschurischen Grenze haben Gegenschritte hervorgerufen. PUYI hat erklärt, daß er die chinesischen Truppen, falls sie gegen die Mandschurei vorgehen sollten, heraus schlagen werde. Wenn China nicht die Selbständigkeit der Mandschurei anerkennen würde, so würde das die Erklärung des Kriegszustandes in Permanenz bedeuten.

Die Folge dieses Verhältnisses der ehemaligen Provinz zu China hat bereits dazu geführt, daß Eisenbahntuppen, die gegen die Chinesen eingesetzt waren, zum großen Teil zu den Chinesen übergegangen sind. Die Stadt, in der diese Kämpfe ausgefochten werden, wird für so bedroht gehalten, daß der japanische Konsul die japanische Bevölkerung veranlaßt hat, die Stadt zu verlassen.

Aus Peking wird gemeldet, daß der normale Zugverkehr auf den russischen Linien, die nach Wladiwostok führen, gänzlich gesperrt und für die Beförderung von Truppen beschlagnahmt worden sei. Die Sowjetbehörden haben diese Maßnahme ergriffen als Antwort auf die Entsendung japanischen Militärs an die sibirische Grenze.

Aus Schanghai kommt die Nachricht, daß chinesische Soldaten alle im Schanghai Hafen befindlichen Leichter beschlagnahmt und den Sutau-Kanal hinaufgeschleppt haben. Da zugleich eine Nachricht aus Nanking einlief, daß TSCHIANGKAISCHER das von den Japanern besetzte Gebiet wiedererobern wolle, rechnet man mit neuen Vorstößen von Seiten der Chinesen. Diese Vorstöße sollen einen Druck ausüben auf die Japaner, endlich den Abmarschbefehl für die noch immer bei Wusung liegenden japanischen Truppen zu geben und zum mindesten die drei Divisionen zurückzuziehen, die noch immer in Schanghai liegen.

Am Dienstag wurden vier große militärische Zeughäuser in Kanton in die Luft gesprengt. Die Ursachen dafür sind noch nicht bekannt.

In Tokio ist der Innenminister NAKAHASCHI zurückgetreten. Sein Gesuch wird mit Gesundheitsrücksichten begründet. In politischen Kreisen heißt es, daß man ihm Vorwürfe mache, den in jüngster Zeit versuchten Attentaten gegen die Mitglieder der Regierung nicht genügend entgegengetreten zu sein. Man rechnet mit einer Umbildung des Kabinetts in nationalistischem Sinn.

Die Regierung der Mandschurei hat an 17 Mächte, die Konsularvertretungen in der Mandschurei haben, eine Erklärung über die Politik des neuen Staates gesandt. Darin wird um Anerkennung des Staates gebeten. Der mandschurische Außenminister erklärte dem

den die, die das „System“ erst bekämpfen, seit es in der Hauptsache gegen sie wirkt. Das sind entwurzelte Kleinbürger und Spießer (auch viele solche, die von Beruf Arbeiter sind!), die glauben, die Welt ginge unter, seit sie in ihrer Behäbigkeit gestört worden sind. Wie wenig sie gegen das Unrecht in diesem „System“ kämpfen wollen, kann man daran ersehen, daß sie selber vor Unrecht nicht zurückschrecken, wenn es in ihren Kram paßt. Die vielen Arbeitermorde sind dafür ein hinreichendes, wenn auch keineswegs erschöpfendes Beispiel. Der Kampf dieser „System“-Gegner folgt also im allgemeinen (soweit die in Frage kommen, die bei ihnen etwas zu bestimmen haben) der bekannten Parole: Nieder mit dem Geld, solange wir's nicht selber haben!

Die Gegner des „Systems“.

Nur eine sozialistische Zielsetzung und Tat wird die Quellen des Unrechts — also auch des Faschismus — versiegen lassen.

AUS DEM INHALT:

- De Valera gegen England.
- Die Krise, die Frau und die Demokratie.
- Ausschuß zur Prüfung Frickscher Taten.
- Politischer Osterfrieden.
- Anekdoten um Briand.
- England und der Donauebund.
- Das „Blaue Band“ des Ozeans.

Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“, die mandschurische Regierung beabsichtige, alle internationalen Verträge und sonstigen Bindungen, wie beispielsweise Schuldenverpflichtungen, anzuerkennen und den ausländischen Handel zu fördern.

Gehaltskürzung in der oberschlesischen Schwerindustrie. Schiedsspruch verbindlich.

a Kattowitz, 15. März.

Der Arbeitsminister hat den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch, der eine 10prozentige Kürzung der Gehälter für die Angestellten in der oberschlesischen Schwerindustrie vorsieht, für verbindlich erklärt.

1500 auf die Straße.

a Kattowitz, 15. März.

Die Direktion der Florentinengrube (Kattowitzer AG) in Hohenlinde hat der gesamten Arbeiterschaft von 1380 Mann sowie den 126 Angestellten die Kündigung zum 29. März ausgesprochen. Die Kündigungen stehen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Stilllegung der Grube.

Frau Gandhi erneut verhaftet.

t Bombay, 16. März.

Frau GANDHI wurde in Bardoli erneut verhaftet und zu sechs Monaten verschärftem Gefängnis verurteilt.

Es ist das Ziel der klassenbewußten Arbeiterschaft, der KARL MARX den Weg theoretisch geöffnet hat durch den Nachweis der Klassengegensätze, durch den Nachweis also, daß es nicht nur persönliche Schikane sei, die das Unrecht hervorrufe, sondern daß es sich hier um eine gesellschaftliche Erscheinung, tatsächlich um ein System, um ein staatlich geschütztes Unrechtsverhältnis handle. Die HITLER-Jünger denken freilich bei ihrem Kampf „gegen das System“ nicht an das kapitalistische System, sondern an die — wenn auch noch so bescheidenen — Äußerungen von Arbeiterfreundlichkeit in der kapitalistischen Ordnung.

Die SPD.

Die genannte marxistische Erkenntnis — für vernünftige Menschen hinweisend und wegweisend — ist der SPD verloren gegangen. Sie hat an dem heutigen kapitalistischen Staat praktisch nichts weiter auszusetzen, als daß die „Machtpositionen“.

die führenden Stellen im Staat nicht mit Sozialdemokraten besetzt sind. Die Abhängigkeit solcher Stelleninhaber von den Machtverhältnissen, wie z. B. der Fall FRIEDRICH EBERT sie erweist, der eine demokratisch gewählte sozialistische Regierung in Sachsen verjagen mußte und der den bayerischen Reaktionen nicht beikommen konnte, — selbst ein solcher Fall hat nicht vermocht, die SPD zu einer Klassenpolitik zurückzubringen. Der Fall der Führer dieser Partei wird tragisch durch die Tatsache, daß sie sich für ihr Verhalten auf KARL MARX, den anerkannten und mit Recht von der Arbeiterschaft verehrten Führer, berufen können, der den unvermeidlichen Fortschritt in der Entwicklung voraussagen zu können glaubte und diese Lehre geradezu in ein wissenschaftliches Gewand brachte: den historischen Materialismus. Es ist mit Recht oft auf den trostlosen und lähmenden fatalistischen Kern dieser Lehre hingewiesen worden. Wohin er führt, wie sehr er inneren Neigungen der Menschen entgegenkommt, dem Wunsch, um jeden Preis nur den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, beweist die SPD. Sie hat den vernünftigen Satz von der Wahl des kleineren Übels so verfälscht, daß ihr schon das Vorhandensein eines größeren Übels genügt, das kleinere zu schlucken, statt zu überlegen, ob sie damit auch wirklich das kleinste erwischt hat. Und da kein Übel so groß ist, daß es nicht ein noch größeres geben könnte, so kann man in der Tat nicht absehen, wie weit sie bereit sein wird, statt den Gegner (das System) zu schlagen, ihm auszuweichen.

Die KPD.

Die KPD hat mit dieser von ihr richtig erkannten und mit Recht scharf bekämpften Verflachung und Verfälschung des proletarischen Kampfes nichts zu tun. Sie ist eine revolutionäre Partei.

Aber sie vergift, oder handelt wenigstens so, als ob sie es vergessen hätte, daß die SPD ungeachtet ihrer demoralisierenden und die Arbeiterschaft kompromittierenden Taktik den größten Teil der Arbeiterschaft noch hinter sich und ihren Parolen hat. Die KPD sieht die Dinge mehr, wie sie sie wünscht als wie sie sind — ein Fehler, der sich immer, und in der Politik besonders rächt.

Die „Rote Fahne“ schrieb am 13. März 1932 abends: „SPD-Arbeiter in Massen für die KPD.“

Wir wissen, daß kaum die KPD-Arbeiter alle „rot“ gewählt haben: In den 20 Berliner Wahlbezirken hat die KPD in 17 an Stimmen verloren; im „roten Wedding“ allein 9000, d. s. rund 9 Prozent.

Die SPD-Arbeiter müssen durch eine andere Politik für den Klassenkampf zurückgewonnen werden als durch eine Denunzierung der sozialdemokratischen Funktionäre als Söldlinge des Kapitals und Sozialfaschisten. Die Methode, durch Schimpfen und Demagogie etwas zu erreichen, müssen proletarische Führer den Klassengegnern überlassen: Die Arbeiterführer bedürfen bei diesem Kampf einer „ganz neuen Haltung“.

Der einzige Weg: Die Einigung der Arbeiterschaft.

Die Einigung der klassenbewußten Arbeiterschaft ist die unerläßliche Vorbedingung für den Sieg des Sozialismus. Wir haben für diese Einigung viele Anfangsvorschläge gemacht. Sie betreffen zunächst die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit auf dem Boden des Freidenkertums, der freien Gewerkschaften und in solchen anderen Organisationen, die vorläufig noch Anhänger aller Richtungen der Arbeiterschaft umfassen.

Die Präsidentenwahl.

Wir hatten auch für den parlamentarischen Kampf um den Posten des Reichspräsidenten Vorschläge gemacht, einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten aufzustellen, um der Einigung einen Schritt näher zu kommen. Für den zweiten Wahlgang hat solche Bemühung wenig Sinn; denn der Sieg HINDENBURGS ist wohl sicher, und die SPD hat ihn so sehr als „ihren“ Sieg gefeiert, daß sie nicht gut jetzt (nach dem „Erfolg“) den Sieger stehen lassen kann, es sei denn, sie änderte jetzt ihre Politik vollkommen. Der Posten des Präsidenten also kann bei der Schaffung der Einheitsfront jetzt nicht mehr dienen — wer diese Möglichkeit mehr verdorben hat, die KP oder die SP, wollen wir hier nicht untersuchen. Mit Erfolg bemüht um die Sabotage der Einheitsfront sind beide reichlich gewesen.

Der Krisenkongreß des ADGB.

Die SPD und die KPD werden von sich aus die Einigung nicht erreichen. Das ist traurig, aber man muß damit rechnen.

Selbstverständlich ist damit die politische Einigung der Arbeiterschaft nicht hinfällig geworden. Der ISK hat sich diese Aufgabe gestellt und arbeitet auch daran nach Kräften. Nur ist die augenblickliche Lage der Arbeiterschaft so drückend, daß man froh sein muß, wenn wenigstens die gewerkschaftliche Einheitsfront noch einigermaßen intakt ist. Gerade deswegen, und wegen der wachsenden Unzulänglichkeit von KPD und SPD, müssen wir sehen, daß die Einheit der Freien Gewerkschaften erhalten bleibt. Es ist für die heutige Situation der politischen Kompatibilität von KPD und SPD bezeichnend, daß der Anstoß, durch ein allgemeines Aktionsprogramm der Arbeiterschaft, auf die Öffentlichkeit und also auf die Regierung zu wirken, mehr von den Gewerkschaften ausgeht als von den großen Parteien. Die Vorschläge entscheidender Umgestaltung der Wirtschaft und des Staates sind mehr politische Vorschläge, also im allgemeinen Sache der Parteien. Aber wir begrüßen diesen Kongreß als den Versuch, von der Einheitsfront der Arbeiter aus den Dingen an die Wurzel zu gehen.

Die Schwierigkeiten.

Die KPD — eigentlich die Komintern — hat in vollkommener Verkennung der tatsächlichen Lage beschlossen, die deutschen Freien Gewerkschaften zu zerstören. Es muß zur Ehre der Arbeiterschaft gesagt werden, daß viele kommunistische Genossen, von anderen abgesehen, diesen Beschluß noch heute nicht verstehen. Aber er wird ihnen — wenigstens die Befolgung — aufgenötigt. Es scheint, daß die sogenannte RGO-Taktik etwas abgebremsert wird, weil die Erfahrungen in Frankreich und der Tschechoslowakei vor Wiederholung warnen — wie dem auch sei: Es muß verhindert werden, daß die Gewerkschaften zerstört werden.

Gewiß sind nicht die KP-Genossen die einzigen Schuldigen für den Streit in den Gewerkschaften gewesen; auch die SPD hat Zellenpolitik getrieben und tut das noch. Aber man muß gegen solche Politik in den Gewerkschaften kämpfen. Zu solcher Politik der Einigung der Arbeiterschaft und zur Weitertragung der Einigungsarbeit bietet der kommende Krisen-Kongreß und ähnliche Veranstaltungen gute Gelegenheiten. Die dort zur Verhandlung stehenden Fragen: Die Beschaffung von Arbeit, sollten in den Gewerkschaftsversammlungen zum Gegenstand von Aussprachen gemacht werden, von Aussprachen, die

Verstimmung in Berlin über das neue Memeler Direktorium.

p Berlin, 16. März.

Wie zu erwarten war, hat die Einsetzung eines rein litauischen Landesdirektoriums in Memel in Berliner politischen Kreisen lebhaftes Mißfallen erregt. Die deutsche Regierung hat durch ihre Abordnung in Genf und durch ihre Botschafter bei den Signatarmächten darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnermächte, die das Memelstatut und den Ratsbericht vom 20. Februar unterzeichnet haben, für die Entwicklung der Lage im Memelgebiet voll verantwortlich zu machen seien. Es ist gebeten worden, schleunigst Maßnahmen zu treffen, um die Bildung eines Direktoriums im Einvernehmen mit der Mehrheit des Landtages sicherzustellen.

Die Angelegenheit BÖTTCHER soll jetzt nach einer Kownower Meldung der Staatsanwaltschaft des Obersten litauischen Tribunals übergeben werden, die zu Urteilen über das ob und gegebenenfalls vor welchem Gericht ein Verfahren gegen BÖTTCHER wegen Amtsvergehens stattfinden soll.

Das Direktorium Simmat.

h Kowno, 15. März.

Wie die litauische Telegraphen-Agentur meldet, hat der Landespräsident SIMMAT den Präsidenten des memelländischen Landtages, VON DRESSLER, aufgefordert, zum 23. März eine Landtagssitzung anzuberaumen, auf der sich das neue Direktorium vorstellen will.

Das litauische Regierungsblatt „Lietuosis tidas“ schreibt über die Aufgaben des neuen Direktoriums, es habe sich in erster Linie mit den von BÖTTCHER nicht berücksichtigten Bestimmungen des Memelstatuts zu befassen; es handle sich insbesondere um die Gleichberechtigung der beiden Sprachen, die Schulfrage, die Gerichts- und die Beamtenfrage. Eigent-

sächlich einwandfrei und parteipolitisch neutral geführt werden müssen, damit sie fruchtbar werden.

In der Tat: Welche Frage könnte für Arbeiter heute auf mehr Interesse stoßen als die der Arbeitsbeschaffung?

Leider scheint die KPD das nicht begriffen zu haben. Wenigstens stellt sie in den Vordergrund selbst bei dieser Frage den Kampf — gegen die Kollegen in den Freien Gewerkschaften. Oder wie soll man es deuten, wenn man in der „Roten Fahne“ liest:

„Weil der Schwindel von der Preissenkung, von der Mietsenkung, der Erwerbslosensiedlung u. s. w. heute nur noch bei ganz Dummen zieht, müssen die ... ADGB-Führer zu direktem zynischen Betrug übergehen.“

„Um Posten, Pöstchen und Subventionen.“

Gegen solche Machenschaften gewissenloser Zeitungsschreiber sollte sich jeder Genosse zur Wehr setzen. Die Führer der Gewerkschaften verdienen Kritik — aber nicht solche. Das verbietet die proletarische Anständigkeit und die politische Klugheit.

Genossen, denen diese beiden Anforderungen proletarischen Kampfes noch geläufig sind, wollen wir sammeln.

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

am 23. März in Berlin gibt der ISK ein Sonderheft heraus:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Etwa 48 Seiten stark. Preis etwa 20 Pf.

Wir bitten, sofort Bestellungen an uns gelangen zu lassen, damit sie rechtzeitig erledigt werden können.

Internationale Verlags-Anstalt, S. S. / Berlin S14, Inselstr. 88.

lich hätten die Unterzehlnermächte des Memelabkommens Litauen schon längst darauf hinweisen müssen, daß diese wichtigsten Forderungen noch nicht zur Durchführung gelangt seien. Gerade deren Regelung liege im Interesse Litauens. „Wir hoffen und erwarten“, so schreibt das Blatt weiter, „daß das Direktorium SIMMAT in dieser Beziehung seiner Pflicht nachkommen wird.“

Beruhigung in Ostpreußen.

l Königsberg, 15. März.

Anläßlich der Eröffnung des 59. Provinziallandtages erklärte Oberpräsident Dr. SIEHR in seiner Eröffnungsansprache, daß durch die Verletzung der memelländischen Autonomie durch Litauen und die Hetzreden führender polnischer Persönlichkeiten in Danzig eine schwere Beunruhigung in die Bevölkerung gekommen sei. Alle politisch und militärisch verantwortlichen Stellen in Berlin und in Ostpreußen selbst schenken dieser politisch schwierigen Lage der Provinz angespannteste Aufmerksamkeit. Zur Zeit bestehe jedoch nicht der geringste Grund für die Befürchtung eines drohenden polnischen Gewaltaktes. Einen solchen Gewaltakt würden weder die ostpreußische Bevölkerung noch eine deutsche Reichsregierung widerstandslos hinnehmen.

Die Storström-Brücke.

a Kopenhagen, 14. März.

Im dänischen Folketing wurde am Montag das Projekt der STORSTRÖM-Brücke mit 94 gegen 28 Stimmen angenommen.

Diese Brücke soll die südlich von Seeland gelegene Insel Falster mit Seeland verbinden. Sie wird daher den Bahnverkehr zwischen Deutschland und der größten dänischen Insel wesentlich erleichtern.

Das Projekt wird nun zur weiteren Bearbeitung dem Landsting überwiesen werden.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(64. Fortsetzung.)

Sodann Anruf beim Polizeipräsidenten und Kommandanten von Paris: „Léon Brandt und die Streikleitung der 'Union' sind außer Verfolgung gesetzt.“ Die Befehlsempfänger glauben sich verhört zu haben. Saint Brice schneidet jede Frage ab: „Bitte sich an meine Befehle zu halten!“

Der Greis starrt mit zusammengekniffenen Lidern zur Decke hinauf.

Ihn gewinnen oder vernichten! — die Staatsraison erlaubt keinen Mittelweg!

Im nördlichen 18. Arrondissement von Paris, im Gewirr ärmlicher Häuser und verwinkelter Gassen, steht ein engbrüstiges Kleinleutehaus mit schmutziger Fassade. Es hat nur zwei Fenster Front. Die Behausung gehört einem pensionierten Briefträger, der vor achtzehn Jahren im Geschwader des Fliegers Brandt Kriegsdienste tat. Wer vermutet in diesem Winkel, wo Spießbürger ihr Schattendasein fristen, das Hauptquartier einer Bewegung, die mit dem Staat einen Kampf auf Leben und Tod führt!

Das Gespräch, das Broucq, Lomnier und Millaut im Hinterzimmer des zweiten Stockes in gedämpfter Erregtheit führen, verstummt. Im nächsten Augenblick öffnet sich die Tür und Rhéa Landrux schießt lautlos und katzenhaft ins Zimmer. In ihrem Ledermantel und ihrer Lederkappe sieht sie wie ein Jüngling aus.

„Kein Mensch hält das mehr aus!“ sagt sie mit fliegendem Atem. „In der Rue de Flandre gibt es ein mörderisches Blutbad! Die Truppen gehen barbarisch vor ...“

Auf der schmalen Holzstiege, die aus einer Zimmerecke zum Mansardengeschloß hinaufführt, wird Brandt sichtbar.

„Brandt, wie lange wollen Sie noch auf Ihren passiven Widerstand versessen sein! Die Massen wollen Ihr Kommando hören! Wir sind ja mitten drinnen im Bürgerkrieg! Wir gehören auf die Straße, um zum Sturm zu blasen ...!“

Brandt fährt hart über sie her. „Wer hetzt denn die Arbeiter auf die Gassen! Wo haben Sie denn den ganzen Tag gesteckt! Schützen Sie auch das Feuer mit an? Wer jetzt Bürgerkrieg inszeniert, ist mein schlimmster Feind! Ich will nicht ein Jahrzehnt geschuftet haben, um zum Schlusse in einem Blutmeer zu ersaufen!“

„Saint Brice oder Sie! Ihnen bleibt keine Wahl, Brandt“, bögert Rhéa auf. „Ob Sie wollen oder nicht — die Revolution marschiert! Verleugnen Sie nicht Ihr eigenes Werk ...“

Brandt packt die Handgelenke der Rothaarigen. „Der Krieg soll verhindert werden! Nichts weiter! Aber ihr wollt Chaos! Anarchie! Ihr müßt mein Ziel zu eurem Mittel um. Ohne einen Tropfen Blut können wir gewinnen, Saint Brice ist ein toter Mann. Warum wollt ihr die Straßen rot färben? Was sind fünfzigtausend Bajonette gegen das Nein von fünfhunderttausend Herzen! Wenn ihr euch der gleichen schamlosen Gewaltmethoden bedient, baut ihr keine Welt auf, die lebenswert ist!“

„Sie können uns doch nicht in die Rolle des stummen Märtyrers hineinzwängen!“ flammt Rhéa auf. „Broucq, Millaut, Lomnier — Warum steht ihr da und sagt keine Silbe? Schrumpft euer Herz zusammen? In der Rue de Flandre wird gekämpft!“

„Ohne meinen Auftrag!“ schreit Brandt die Landrux an. Broucq geht auf ihn zu. „Sie haben die Lawine angestoßen, sie rollt jetzt nach eigenem Gesetz. Wir müssen uns alle dazu bekennen.“

„Generalstreik hat nichts mit Bürgerkrieg zu tun! Kommt jetzt der Hunger über euch? Ich werde mein Gefühl nicht mehr los, daß ich allein stehe, in einer Wüste ...“

„Der Generalstreik allein drückt ja den Alten am Qual d'Orsay nicht weg“, ruft Broucq aus. „Auf Ihren Funkspruch bekommen Sie vermutlich gar keine Antwort!“

Rhéa wirft den Kopf herum. „Was für ein Funkspruch?“

Broucq zuckt die Achsel. „Brandt hat vorhin Saint Brice um eine Aussprache gebeten ...“

„Was ...? Sie suchen Verbindung mit dem alten Hengst! Womöglich ein faules Kompromiß ...?“ Rhéa hat Tigeraugen.

„Ich will ihm klarmachen, daß Paris in zwei Stunden in einem roten Meer kämpft, wenn er nicht verschwindet.“

„Sie laufen ja in die Höhle Ihrer Todfeinde!“

Brandt lacht ironisch. „Im Gegenteil, der Alte wird wie erlöst sein, daß ihm jemand einen Finger hinhält.“

„Das ist halbe Kapitulation“, stößt Rhéa hervor.

„Ich muß die nutzlose Agonie abkürzen. Ich will, daß er freiwillig seinen Bankrott anzeigt. Wenn er durch Gewalt fällt, ist unsre Aktion um ihren Sinn gebracht. Er soll vor unsrer höheren Sittlichkeit kapitulieren! Nicht vor unsren Messern. Und er wird kapitulieren ...!“

Laroque kommt rasch die Stiege herunter. „Saint Brice hat gefunkt ...“ Er reicht Brandt einen Zettel.

„Wer behält recht!“ triumphiert Brandt. „Bitte, Haftbefehle aufgehoben! Um neun Uhr fahre ich los. Also in zwanzig Minuten.“

„Das ist eine Falle!“ bricht Rhéa aus. „Sie würfeln um Ihren Kopf!“

Brandt lacht verächtlich. „Dem Alten sitzt der Kopf lockerer als mir.“

Über Broucqs Gesicht geht ein Wetterleuchten, drohend weht sein Bartgewirr: „Aber kompromissell wird nicht! Das Versprechen müssen Sie uns geben, Brandt!“

„Die Sorge ist überflüssig, lieber Broucq. Jetzt geht an die Arbeit! Die Massen dürfen mir jetzt nicht die Arbeit versauen. Bedrohlich liegen die Verhältnisse vorerst nur im achtzehnten Arrondissement. Ihr müßt unverzüglich in die Unruhenherde losfahren. Sagt den Leuten, daß es in zwei Stunden keine Regierung Saint Brice mehr geben wird. Und Sie, liebe Landrux, bleiben für alle Fälle hier in der Befehlszentrale.“

„Ich — hierbleiben!“

„Jawohl, hierbleiben.“

Rhéa bekommt flackernde Augen. „Sie sind nicht bei Trost, Brandt! Mein Platz ist bei den Massen auf der Straße. Ich werde mit diesen kochenden Haufen am besten fertig. Es handelt sich in erster Linie um Kommunisten. Ich war klug genug, meinen Einfluß auf die Radikalen nie zu verlieren.“

Aus den Krisengebieten der Weltwirtschaft.

Italien.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die am 31. Januar 1932 betrug, ist zum 29. Februar nach amtlichen Angaben auf 1.147.945 gestiegen. Davon erhalten 302.000 Personen Arbeitslosenunterstützung.

England.

p Berlin, 16. März.

Der englische Finanzsachverständige LEITH ROSS hat nach mehrtägigem Aufenthalt Berlin verlassen. Die Verhandlungen, die LEITH ROSS mit den Berliner zuständigen Stellen geführt hat, drehten sich hauptsächlich um die Einschränkung der Kohleneinfuhr nach Deutschland. An der deutschen Auffassung hinsichtlich der Maßnahmen zu Gunsten des schwer daniederliegenden deutschen Bergbaus hat sich nichts geändert. Man spricht von einer deutsch-englischen Konferenz, auf der die Handelsbeziehungen beider Länder geregelt werden sollen.

Im englischen Unterhaus wurden am Dienstag erneut verschiedene Fragen über Deutschlands Kohleneinfuhrbeschränkung gestellt.

Ein Abgeordneter fragte den Handelsminister, ob er sich darüber klar sei, daß eine Annahme dieser unfairen unterschiedlichen Behandlung englischer Waren ohne entsprechende Gegenmaßnahmen Englands sich sehr nachteilig auswirken werde.

Auf die Frage eines sozialistischen Abgeordneten, ob die Regierung sich der Tatsache bewußt sei, daß England zur Zeit des Abschlusses des deutsch-englischen Handelsvertrages im Jahre 1924 ein Freihandelsstaat gewesen sei, woraus sich die Schwierigkeiten der deutschen Beschränkungsbestimmungen möglicherweise herleiten ließen, gab der Handelsminister keine Antwort.

Im Unterhaus hat der konservative Abgeordnete LOCKER LAMPSON einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Einfuhr ausländischer Waren, die durch „Zwangsarbeit“ hergestellt werden, verboten werden soll. In seiner Begründung läßt LAMPSON keinen Zweifel darüber, daß sich das Gesetz gegen russische Waren richten soll. Der russische Staat brauche politische Gefangene und Sträflinge, um Waren herzustellen und auszuführen. Warum solle die Regierung eine Benachteiligung des englischen Handels gegenüber den „erschwitzten“ russischen Waren zulassen? Er verlange, daß die Regierung den Völkerbund zu einem Schritt gegenüber Rußland veranlasse. Der Völkerbund müsse einen Ausschuß entsenden, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Das Gesetz wurde unter großem Beifall der Konservativen zum erstenmal gelesen.

Bulgarien.

t Sofia, 13. März.

Der Ministerrat hat beschlossen, am 15. März den Zinsendienst für die ausländischen Schulden einzustellen.

Die Regierung begründet diesen Entschluß mit der schweren finanziellen Lage Bulgariens. Nach einer halbamtlichen Meldung war der Ministerrat zu dieser Entscheidung gezwungen, weil die Beauftragten aus Paris gemeldet hatten, daß die ausländischen Gläubiger zu keinerlei Zugeständnissen auf dem Gebiet der Amortisationen und des Zinsendienstes bereit seien.

Der Finanzausschuß des Völkerbundes, der augenblicklich in Paris tagt, hatte diesen Schritt der bulgarischen Regierung bereits erwartet.

Nach einem fünfstündigen nächtlichen Ministerrat hat die Regierung beschlossen, die Zahlung der am Dienstag fällig gewordenen Raten für den Kriegs-AnleiheDienst in fremder Valuta zu leisten. Diese unerwartete Entscheidung ist erst nach harten Kämpfen innerhalb des Kabinetts gefällt worden. Sie wurde durch den Bericht des Direktors der Pariser Nationalbank, der am Dienstag abend in Sofia eintraf und das sofortige Zusammentreten des Kabinetts nötig machte, begünstigt, der nochmals Hoffnungen auf spätere Erleichterungen gab.

Das Genfer Arbeitsamt.

Im englischen Oberhaus fragte ein Mitglied die Regierung, welche Vorteile England bisher eigentlich durch die Einrichtung des internationalen Arbeitsamtes gehabt habe. Der Regierungsvertreter beantwortete die Frage mit dem Hinweis auf die moralische Verpflichtung Englands, den Völkerbund als Friedensorganisation zu unterstützen. Der englische Beitrag für dieses Büro belaufe sich jetzt auf 54.000 Pfund (rund 800.000 Mark). Der Direktor des Büros (der Sozialdemokrat ALBERT THOMAS) bekomme ein Gehalt von 90.000 Schweizer Franken und außerdem noch eine Repräsentationszulage von 30.000 Franken.

England zum Donaubund.

m London, 15. März.

Die Frage des Donaubundes ist jetzt Gegenstand eingehender Erwägungen der zuständigen Stellen in den Ministerien. Von unterrichteter Seite verlautet, daß die englische Regierung zunächst einmal einen Meinungsaustausch mit den betroffenen Großmächten England, Frankreich, Italien und Deutschland sowie kleineren Staaten einleiten wird, um festzustellen, ob sich irgend ein greifbarer und durchführbarer Plan zur Erleichterung der Wirtschaftslage der Donauländer aus den bisher gemachten Vorschlägen herauschälen läßt und ob die Einberufung einer Konferenz zweckmäßig ist. Die englische Politik steht auf dem Standpunkt, daß Zollvereinigungspläne nicht praktisch erscheinen und glaubt auch, daß die Maßnahmen zur Linderung des Notstandes sich nicht auf Oesterreich und Ungarn beschränken lassen können, sondern daß die Pläne einen weiteren Umfang annehmen müssen. Sie ist ferner der Ansicht, daß nicht nur der Gedanke der gegenseitigen Vorzugszollbehandlung, sondern die ganze Frage der wirtschaftlichen Lage einschließlich der Einflüsse der Beschränkungsmaßnahmen für den Devisenhandel, die Frage der Deflation und Inflation, des Währungs- und des Goldstandes und der verwandten Fragen Gegenstand der Aussprache sein sollen. Es wird versichert, daß England den größten Wert darauf legt, die Sorgen der Donauländer nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus, unter Ausschaltung politischer Erwägungen, zu betrachten. Politische Kreise glauben, daß es noch gut vier bis acht Wochen dauern wird, ehe es, wenn überhaupt, zu dem ersten greifbaren Ergebnis kommen wird.

Wie stark in französischen Rechtskreisen die Frage des Donaubund-Planes von politischen Gesichtspunkten aus gesehen wird, zeigt die Darstellung, die PERTINAX im „Echo de Paris“ vom Stand der Verhandlungen gibt. Er behauptet, England sei ganz und gar für den französischen Plan gewonnen und habe gerade in diesem Zusammenhang derartig verständnisvolle Absichten an den Tag gelegt, wie man sie seit langem von einer englischen Regierung nicht mehr gewöhnt gewesen sei. Aber auch Italien werde sich voraussichtlich über kurz oder lang für den Plan gewinnen lassen.

Nur Deutschland mache noch besondere Schwierigkeiten. Wenn die Reichsregierung sich im Augenblick auch von dem Gedankengang leiten lasse, daß der französische Plan ihre Anschlußabsichten vereitele, so müsse man doch annehmen, daß sie sich darüber klar werde, daß ein Zusammenbruch der Donaustaaten für sie besonders schwere Folgen haben würde. An eine finanzielle Hilfe Frankreichs sei ohne die Vorwirklichung des Staatenbundes nicht zu denken.

Ausschuß zur Untersuchung der Taten Fricks.

Regierung lehnt Herausgabe der Akten ab.

p Weimar, 14. März.

Der Polizeiuersuchungsausschuß des Thüringer Landtages, der die Verwaltungsmaßnahmen des ehemaligen Ministers FRICK, des Innenministeriums und staatlicher Polizeibehörden nachprüfen soll, trat am Montag zu seiner zweiten Sitzung zusammen.

Vom Innenministerium ist auf Grund der Strafprozeßordnung die Herausgabe von Akten an den Kommunisten HEILMANN als Berichterstatter abgelehnt worden. HEILMANN sollte berichten über Maßnahmen des Innenministeriums zur Beschränkung der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, die sich besonders gegen die Kommunisten wandten.

Die Ablehnung wurde damit begründet, daß man mit der Verwendung der Akten zu kommunistischen Parteizwecken rechnen müsse. Die Akten enthalten, wie ein Regierungsvertreter erklärte, über hochverräterische Unternehmungen der Kommunisten Feststellungen, deren Bekanntgabe in der Öffentlichkeit das Wohl des Landes gefährden würde. HEILMANN legte das Berichterstatteramt nieder, da seine Partei „die Komödie, die in diesem Ausschuß gespielt werde“, nicht mitmache. An seine Stelle trat ein Sozialdemokrat.

Wird man ihm die Akten herausgeben?

Wahlergebnis im Freistaat Braunschweig.

h Berlin, 14. März.

	Reichspräsidentenwahl v. 13. März 1932	Reichstagswahl v. 14. Sept. 1930
Duesterberg	20 103	16 689 (DNVP)
Hindenburg	149 917	187 869 (Zentrum, SPD, DVP, Staatspartei, Wirtschaftspartei, Landvolk, Dtsch.-Hannövr. Partei, Christl.-Soz. Volksdienst)
Hitler	125 817	83 397 (NSDAP)
Thälmann	27 926	21 314 (KPD)

Englischer Nationalismus und chinesischer Tee.

Ein Kaufmann erhielt von einem wohlhabenden Kunden eine Bestellung, an deren Briefkopf stand: „Jede Ware muß ausgesprochen englisch sein.“ Der erste Posten war „zwei Pakete chinesischer Tee“.

Übersetzt aus: „The New Statesman and Nation“.

Politischer Osterfrieden.

Die Vormünder am Werk.

h Berlin, 15. März.

Es bestätigt sich, daß die Reichsregierung für die Osterzeit einen politischen Burgfrieden, wie er schon zu Weihnachten eingeführt worden war, plant. Der Burgfrieden soll nicht auf die Karwoche beschränkt bleiben, sondern auf einige Tage über Ostern hinaus ausgedehnt werden.

Wer. Was sich hinter diesen dünnen Worten verbirgt an Vernichtung geistiger Freiheit, ahnen diejenigen wohl kaum, die solche Vormundschaft ausüben und deren Weizen in einem geduckten Volke am besten blüht, in einem Volke, dessen politisches Leben sich vollzieht „im eigenen Hause und in Ruhe“ und am Radio. So geht, unterstützt von der Macht der Gewöhnung, hier eine Zerstörungsarbeit vor sich — kaum bemerkt; denn das Bewußtsein um den Wert der Geistesfreiheit ist sehr verdunkelt.

Und wozu geschieht das Ganze? Wir sehen hier kein anderes Ziel als das der Erziehung des Volkes zur Achtung vor der „Heiligkeit“ der christlichen Feiertage; denn eine besondere politische Gefahr liegt Ostern nicht vor.

Mancher wird vielleicht nicht wissen, woran sich die Christen Ostern erinnern sollen. Auch von den Christen weiß es vielleicht mancher nicht. Mir fiel es neulich sehr lebendig ein, als ich die Matthäus-Passion, ein horribles Musikwerk, hörte.

Ich folge hier der Darstellung, die von den Christen wohl als authentisch angesehen werden wird: der Bibel und zwar dem Evangelium des Matthäus. Er schildert den Kampf Jesu, den inneren mit seiner Angst vor der Einsamkeit, den äußeren mit den Zeichen von Verrat und Feigheit bei seinen Jüngern. Schließlich wird Jesus verhaftet und vor den politischen Beamten, PILATUS, gebracht. Dieser hatte die Gewohnheit, zu Ostern, also einem alten heidnischen Fest, einen Gefangenen freizulassen. Seine Frau warnte ihn, Jesus zu verurteilen. Sie hatte angeblich schlecht geträumt, in Wirklichkeit schämte sie sich vielleicht, daß ein hilfloser Mensch verurteilt werden sollte, nur weil er den Pfaffen im Wege war.

„Aber die Hohenpriester und die Ältesten überredeten das Volk, daß sie um BARRABAS bitten sollten, und JESUM umbrächten.“

PILATUS sprach zu ihnen: Was soll ich denn machen mit Jesu, von dem gesagt wird, er sei Christus? Sie sprachen alle: Laß ihn kreuzigen!

Der Landpfleger sagte: Was hat er denn Uebels getan? Sie schrien aber noch mehr und sprachen: Laß ihn kreuzigen!

Und der Landpfleger? Er „wusch die Hände vor dem Volk und sprach: Ich bin unschuldig an dem Blut dieses Gerechten; sehet Ihr zu.“

Woran erinnert diese Schilderung? Sehr an die Gegenwart und an alle Vergangenheit. Die Pfaffen im Kampf mit dem Fortschritt. Der „weltliche Arm“ der Hohenpriester, der Staat, greift zu. Das aufgeputschte „souveräne“ Volk entscheidet; statt Gründe zu äußern, brüllt es seine Forderung noch einmal hinaus und lauter — und der Verantwortliche wäscht seine Hände in Unschuld. — Daran wollen wir uns erinnern!

Woran sich mancho Christen heute am Karfreitag, dem größten Feiertag der Kar(Klage)woche, erinnern, verrät das Lexikon (und zwar das neueste!):

„Dieser Tag (der Karfreitag!) gilt weiter als besonders günstig zur Vertreibung von Ungeziefer, Hexen und bösen Geistern, zum Gewinnen der Wunschelrute und anderer magischer Hilfsmittel, auch für Krankenheilungen.“

Und eine solche Zeit wird durch den Staatslenker des Volkes der Dichter und Denker im Goethejahr heilig gesprochen, auch für Freidenker. Wirtschaft! Horatio!

Wer will den Osterfrieden?

w München, 15. März.

Die „Bayerische Staatszeitung“ begrüßt es, daß der Reichsinnenminister den verschiedenen Forderungen nach einem politischen Osterfrieden Rechnung tragen will. In Bayern wolle man (?) den Osterfrieden unbedingt vom Palmsonntag bis zum Sonntag nach Ostern ausgedehnt wissen. Eine Regelung, die Sachen durch Beschränkung des Osterfriedens auf die Zeit vom 20. bis 29. März treffen will, erscheine nicht empfehlenswert, da hierbei schon die Osterfeiertage im Vorfeld des wahlpolitischen Endkampfes lägen. Ein über volle zwei Wochen

ausgedehnter Friede in der politischen Werbetätigkeit wäre eine Wohltat nicht nur für die Parteien, sondern auch für das Volk insgesamt und schließlich auch für die Polizei.

Anekdoten um Briand.

Die beste Schule.

BRIAND wanderte gern, als er jung war; er sprach dann mit den Bauern und Arbeitern in den kleinen Gasthäusern. Einmal erzählte er davon:

„Man lernt mehr auf einer fünfzehntägigen Wanderung als in 4 Jahren im Parlament oder bei einem 10-jährigen Studium der Akten.“

Tageszeitung.

Als BRIAND sein Studium beendet hatte und in St. Nazaire Anwalt war, gründete er eine Wochenzeitschrift. Er machte alles selber in diesem Betrieb; er schrieb die Artikel, die Adressen, war Bote. Um die Kosten herabzusetzen, erlernte er die Buchdruckerkunst. Aus der Wochenzeitung sollte eine Tageszeitung werden, aber dazu brauchte er eine bessere Maschine. Mit einem Freund fuhr er nach Paris und kaufte da ein altes Ding. So weit reichte das Geld. Abmontieren mußten die beiden die Maschine selber. Sie packten sie ein und fuhren sie auf einem Karren zur Bahn. In St. Nazaire wurde dann die Maschine in Ordnung gebracht, allerdings nicht ohne Mühe. Und die Tageszeitung konnte erscheinen. Sie existiert noch, auch die Maschine arbeitet noch.

BRIAND sprach immer mit einem gewissen Stolz über diese Aktion.

Der Angreifer.

LAFARGUE, ein Führer der französischen Arbeiterbewegung, sagte einmal auf einem Sozialistenkongreß zu BRIAND: „BRIAND, Ihre Augen scheinen die Zuhörerschaft niederzuschießen.“

Runde Ecken.

„Ich bin so wie die einfachen Steine, die in den Flüssen liegen; meine Ecken sind rund geworden, aber ich habe im Innern behalten, was mich mit 25 Jahren bewegte.“ (BRIAND.)

Briand und Poincaré.

„BRIAND weiß nichts und versteht alles, POINCARÉ weiß alles und versteht nichts.“

Preußischer Landtag. Der preußische Haushalt im Landtag.

Im preußischen Landtag gab Finanzminister KLEPPER zum preußischen Staatshaushalt für 1932 folgende Erläuterungen: Der Haushaltsausgleich sei im wesentlichen durch Beschränkung der Ausgaben durchgeführt. Die Summe der Einsparungen belaufe sich auf 389 Millionen Mark; die Abschlußzahlen des Haushalts lagen mit 3,1 Milliarden Mark etwa drei Viertel Milliarden unter denen des Vorjahrs.

Der Ernst der Situation werde am deutlichsten, wenn man die Staatsfinanzen im Zusammenhang mit den Finanzen der Gemeinden betrachte. Den Gemeinden sei das letzte Risiko des Arbeitsmarktes aufgebürdet, ohne daß sie dies die Einnahmen anpassen könnten. Nur wenige Gemeinden dürften in der Lage sein, ihren Haushalt auszugleichen, wenn nicht eine baldige Aenderung eintrete. Es bestehe die Gefahr, daß von den Gemeinden eine allgemeine Erschütterung ausgehe.

Über die angekündigte Umschuldungsaktion hinaus müsse den Gemeinden das Risiko der Erwerbslosenfürsorge abgenommen werden. Diese Lasten seien der Gesamtheit derer aufzuerlegen, die nicht von der Erwerbslosigkeit betroffen sind.

Die letzte Entscheidung über Erfolg und Mißerfolg der Finanzpolitik werde von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Er glaube nicht an den Erfolg einer Wirtschaftsautarkie; in Deutschland werde keine isolierte Konjunktur eintreten. Der konjunkturelle Aufschwung komme, wenn man in internationalen Uebereinkommen beachte, daß der Sinn moderner wirtschaftlicher Entwicklung in einer Erleichterung des zwischenstaatlichen Güteraustausches bestehe, nicht aber in seiner Hemmung.

Die Staatsfinanzpolitik habe durch den Ausgleich des Haushalts eine Gefährdung von Währung und Wirtschaft zu vermeiden, die es unmöglich machen würde, die Frist bis zur Wirtschaftswende zu überstehen. Diese Ueberzeugung gebe auch einer bewußt sozial fortschrittlich eingestellten Regierung wie der preußischen Staatsregierung, die in der Berechtigung zu der Härte ihrer gegenwärtigen Finanzpolitik.

Die Erläuterungen zur Abtretung der preußischen Siedlungsbeteiligungen an das Reich waren reichlich dunkel. KLEPPER bezeichnete die Uebereignung zum Preis von 100 Millionen Mark als für beide Teile vertretbar. Die Einrichtung einer besonderen Reichsiedlungsverwaltung wäre unzweckmäßig; die Verhandlungen mit der Reichsregierung seien im Sinne der Beibehaltung des bestehenden verwaltungsmäßigen Zustandes geführt worden. — Sind wirklich klare Verhältnisse geschaffen worden? Wer ist jetzt verantwortlich für Siedlung in Preußen? Werden sich alle möglichen öffentlichen Stellen um Zuständigkeitsfragen streiten, oder wird gesiedelt werden?

Seine letzten Tage.

Der Aeltestenrat des preußischen Landtags verhandelte am Dienstag über die Geschäftslage des Parlaments. Es wurde beschlossen, die erste Lesung des Haushaltsplanes in dieser Woche zu Ende zu führen. An eine weitere parlamentarische Erledigung des Haushalts wird nicht gedacht.

Die Fraktionen wurden aufgefordert, sich darüber schlüssig zu werden, ob der Landtag beschließen soll, sich am 23. April, also am Tage vor den Neuwahlen, aufzulösen.

Deutsche Friedensgesellschaft.

Bezirk Südliche Vororte.

Donnerstag, den 17. März, 20 Uhr, spricht im Restaurant Görlitz, Mariendorfer, Chausseestr. 19, Hubert Frank über: „Abrüstungsmethoden in Genf und in Deutschland.“

Auf 50 000 Wähler ein Abgeordneter. Der neue preußische Wahlquotient.

n Berlin, 14. März.

Entsprechend einem Beschluß des preußischen Staatsministeriums wird für die auf den 24. April festgesetzte Wahl zum Preußischen Landtag der Wahlquotient in Abänderung der preußischen Sparverordnung vom 12. September vorigen Jahres auf 50 000 festgelegt werden. Das bedeutet, daß der Preußische Landtag in Zukunft nicht mehr 450, sondern nur noch etwa 375 Abgeordnete haben wird.

Die preußische Sparverordnung sah eine Erhöhung des Wahlquotienten von bisher 40 000 auf 60 000 vor.

k Leipzig, 15. März.

Die deutschnationale Fraktion im preußischen Landtag hatte beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich beantragt, die Verordnung der preußischen Regierung vom 12. September 1931, die das Landeswahlgesetz änderte (Herabsetzung des Wahlquotienten), für verfassungswidrig zu erklären. Der Staatsgerichtshof hat den deutschnationalen Antrag zurückgewiesen.

Den Richtern ins Stammbuch.

In dem Weiler Ewendorf bei Stierck hat die Landwirtsfrau BERGER jetzt eingestanden, im Jahre 1913 im Anwesen des Landwirts HOUST zwei Brandstiftungen verübt zu haben, wodurch das Anwesen zerstört wurde. Damals war ein junger Bauernsohn namens BENNING der Brandstiftung angeklagt und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Auf das Urteil hin verfiel der junge Mann, der stets seine Unschuld beteuert hatte, in unheilbaren Irrsinn. Er befindet sich noch jetzt in der lothringischen Bezirksirrenanstalt als Opfer eines Justizirrtums, der nicht mehr gutgemacht werden kann.

Zum transatlantischen Luftverkehr.

Am Dienstag abend sprach Dr. ECKENER über den transatlantischen Luftschiffverkehr. Er gab einen Überblick über seine bisherigen Fahrten, die bis zu 3500 Flugstunden ausmachten. Die von dem Flieger VON GRONAU vorgeschlagene Flugroute über Island, Grönland, Labrador sieht er als Dauereinrichtung für unmöglich an. Zur weiteren Ausgestaltung des Flugplanes sei es erforderlich, daß Deutschland sich die Beteiligung Amerikas sichere, das als alleiniges Land der Erde Helium besitze, für das leider Ausfuhrverbot bestehe.

Rettet die Rettungsringe!

h Berlin, 5. März.

Schon wieder ist in Berlin eine ganze Reihe von Rettungsringen durch Abschneiden der Leinen unbrauchbar gemacht oder gänzlich entwendet worden; auch sind aus den Rettungskähnen in steigender Zahl Rettungsgeräte (Bootschaken und Ruder) gestohlen worden. Das Rettungsamt richtet an die Bevölkerung die Bitte, auf die Rettungsanlagen besonders in den Abend- und Nachtstunden zu achten, Diebstahl und Unfug zu verhindern und mitzuteilen, daß die Rettungsgeräte dauernd für ihren Zweck bereit stehen.

Urteil im Leopardprozeß.

h Berlin, 15. März.

In dem Prozeß gegen den Besitzer des Leoparden, der vor einiger Zeit ein Kind getötet hatte, wurde heute das Urteil gefällt. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte den Kunstmaler VON OTHEGRAVEN wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis und wegen Uebertretung des § 367 Ziffer 11 StGB zu 150 Mark Geldstrafe oder fünfzehn Tagen Haft.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 16. März.

Berlin:

15.45 W. BOEHMER: Objektive und aktuelle Planwirtschaft.
17.30 Dr. W. POHL: Sozialpolitische Umschau.
19.30 VALERIU MARCU: Der Aufstand der Nationalitäten gegen NAPOLEON.
22.30 Zeitbericht von ACTUALIS: Was wird aus der Maudschurei?

Königs wusterhausen:

19.00 Dr. H. ENGEL: Deutschland und der südosteuropäische Agrarblock.

Langenberg:

19.30 Dr. W. DAEBRITZ: Die deutsche Konjunkturlage.

Donnerstag, den 17. März.

Berlin:

15.20 Dr. H. FALKENFELD: Kampf gegen die Langeweile.

Breslau:

18.45 KURT SWOLINZKY: Gewerkschaftliche Zeitbetrachtungen.

Langenberg:

16.40 Dr. A. REIFFERSCHIEDT: Die Neuregelung der deutschen Auslandsverschuldung.
19.30 E. OLLENHAUER: Die sozialistische Arbeiterjugend.

Leipzig:

14.30 Prof. K. THALHEIM: Bevölkerungsbewegung und Arbeitslosigkeit.
19.30 BEETHOVENS Neunte Sinfonie.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 18. März.

Berlin:

20.15 THOMAS MANN: GOETHE als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters. (Ueber fast alle deutschen Sender und Wien.)

Königs wusterhausen:

16.00 Minister GRIMME: Die Herabsetzung der Altersgrenze für die Lehrer.

Leipzig:

18.00 Sozialversicherungs-Rundfunk.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Pariser Kommune.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeiger; R. Lippmann Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14 Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 86, Elisabethufer 24/28

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzzeit?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes.
Preis monatlich 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 43
2. N 58, Pappel-Allee 97
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16 17

Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 3062

WAHN-EUROPA 1934

Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcastraße 8. Postfach: Hamburg 83167

Herren- und Damenkleidung
nach Maß, schnell, sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHERR
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. u.
Kostüme in reicher Auswahl, sehr preiswert

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS
Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

C. Lotze

Göttingen

Johannisstraße 2

Butter
Käse
Eier
Landbrot

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt



Berlin SO 34, Elisabethufer 24-28
Telefon: Sammler. P 1 Moritzplatz 6471

Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
druckereien

Soeben erschien:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinenkassette Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als Jugendweih-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

- Minna Spacht: Vom Sinn der Jugendweihwe
- Leonard Nelson: Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit
- Minna Spacht: HERMANN LIETZ, Gedächtnisrede
- Hellmuth Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a

Die Kirche, die Frauen und die Demokratie in Spanien.

H. P. Madrid, Mitte März.

Die Frage, inwieweit die Kirche bei den nächsten Wahlen zum spanischen Parlament ihren Einfluß auf die politischen Geschäfte des Staates zurückgewinnen kann, wird im Kreis der Sozialisten sehr verschieden beantwortet. Es gibt viele, die mit der Möglichkeit rechnen, daß die Kirche auf dem Wege über das Frauenwahlrecht zum mindesten die Schärfe der Verfassung abstumpfen wird —, wenn sie nicht überhaupt die gewünschte Revision erreicht. Es hat ja auch bei der Beratung der Verfassung in der Nationalversammlung nicht an sozialistischen Stimmen gefehlt, die vor der Einführung des Frauenwahlrechts gewarnt haben.

Andere gebon sich in diesem Punkt optimistischeren Auffassungen hin und glauben, dazu berechtigt zu sein, weil doch die Frauen in ihrer großen Mehrzahl zum Proletariat gehören! Ein Genosse hat mir sogar mit dem Bleistift vorgerechnet, wie das Wahlergebnis bei den Frauen ausfallen muß, denn „25 Prozent gehören den oberen Ständen an, 50 Prozent wählen wegen ihrer sozialen Lage links, und der Rest wird überhaupt nicht wählen“. Dieser primitiven Klassenlogik verfallen leider nicht wenige Sozialisten, darunter solche, die hohe Funktionen ausüben. Es ist kaum glaublich, daß nach all den vielen und schmerzlichen Erfahrungen in Italien, Deutschland und vielen anderen Ländern der Vorsitzende des spanischen Gewerkschaftsbundes, CORDERO, in Versammlungen das Bekenntnis abgeben kann: „Ich habe einen großen Glauben an die Demokratie.“ Hofft er ernstlich, daß die Frauen die Demokratie aus ihren zahllosen Niederlagen herausreißen werden? Nie haben sich diese Sprecher überlegt, wie ein Glaube eigentlich aussehen muß, der „Berge versetzt“.

Wie schwächlich sind die Maßnahmen zur Entfaltung einer Propaganda in der Frauenwelt! „Man muß die Frauen erziehen“, so lauten die Rezepte, aber einsteilen weiß niemand, wie diese Erziehung im einzelnen anzustellen ist. Erfolge scheint man jedenfalls noch nicht gehabt zu haben; denn die Frauen stehen heute der Politik noch genau so fern wie vor der Revolution. Wie sollte es auch anders sein, trotz der erfreulichen Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Männer der Kirche völlig gleichgültig, wenn nicht gar feindselig gegenübersteht. Vor allem die Arbeiter kümmern sich nicht im geringsten um Kirchgang und ähnliche Kulthandlungen. Für sie ist die Kirche ein kapitalistisches Unternehmen, von dem sie nichts anderes zu erwarten haben als Ausbeutung. Immer wieder hat sich die Wut des Volkes gegen die Kirche gerichtet, weil es mit gesundem Instinkt erfaßt, wie sehr Schein und Wirklichkeit auseinandergehen. Die Rolle der Kirche als Quelle der geistigen Ausbeutung wird freilich nur dunkel gespürt. Ein Freidenkertum, das der Kirche auf gelöstem Gebiet entgegentreten und alle kirchengegnerischen Kräfte zusammenfassen könnte, gibt es nicht. In einem Staat wie Spanien, wo die Demokratie anerkannt ist, wo also Mehrheiten entscheiden, kann die Kirche mit formalem Recht fordern, daß ihre Interessen gewahrt werden müßten, solange sie die größte Organisation ist. Da liegt der Hase im Pfeffer. Solange innerhalb dieses demokratischen Systems etwas gelingen soll, kommt alles darauf an, die Kirche in ihrer Mitgliederzahl zu treffen, also aus der Kirche auszutreten. Solche Kirchenaustritte gibt es in Spanien bisher so gut wie gar nicht.

Die Gefahr der unwirksamen Haltung des männlichen Proletariats in Spanien, die sich in weitem Maß in Gleichgültigkeit gegenüber der Kirche erschöpft, wird dadurch erhöht, daß weite Kreise der studierenden Jugend und vor allem die monarchistischen und adligen Kreise der Kirche zur Seite treten. Unter der bürgerlichen Jugend gibt es heute schon Ansätze für faschistische Vereinigungen mit dem Schlachtruf: „Gegen den Marxismus! Für ein Großspanien!“ Es handelt sich vorerst nur um Versuche, eine zugkräftige Parole zu finden. Hinter diesen Bestrebungen stehen aber ganz sicher kirchliche Kreise. Eine ausreichende Hilfe kann die katholische Kirche von der Männerwelt allein freilich nicht erwarten. Um so mehr gelten ihre Bemühungen den Frauen.

Die tiefverankerten Kirchengewohnheiten und die große geistige Unselbständigkeit der spanischen Frauen sind erschreckend. Von alters her ist die Proletarierfrau nichts ge-

wesen als die Sklavin des Mannes, und hat ihr Leben mit Kindergebären und harter Arbeit verbracht. Besonders schlimm ist dieses Sklavenverhältnis auf dem Lande. Die Frau im Bürger-tum dagegen hatte keine andere Aufgabe, als zu gefallen und zu repräsentieren. Die Höflichkeitsloskeln, die in Spanien heute noch im Gange sind, sind geradezu widerlich, wenn man weiß, wie traurig die Rolle der Frau in Spanien ist. Für die spanische Frau gilt es als ausgemacht, daß Politik und andere geistige Strömungen Angelegenheiten der Männer sind.

Die völlige Achtlosigkeit und Geringschätzung der Frau von seiten der Männer kommt den Kirchengegnern jetzt teuer zu stehen. Alle geistige Nahrung nahm die Frau bisher aus den Händen der Kirche. Ihre Vertreter kümmerten sich um die Sorgen der Frau, versprachen ihr Trost und wurden so für die Frau unentbehrlich. So ist die Lage der Frau eine überaus unwürdige und traurige: der Willkür des Mannes untertan als Frau und Arbeitstier, fast rechtlos vor dem Gesetze, und unter der geistigen Knechtung der Kirche lebenslanglich in Unmündigkeit.

Aber — könnte man einwenden — hat die Revolution inzwischen keinen Wandel geschaffen? Wie sollte die Revolution die Frauen nach dem Taumel der ersten Wochen innerlich gewandelt haben? In großen Versammlungen der Arbeiter kann man heute nur ganz vereinzelt Frauen finden. Geht man dagegen in Kirchen und Veranstaltungen katholischer Kreise, so ändert sich das Bild sofort. Die Frauen sind hier nicht nur passive Zuhörer, sondern die Gläubigen unter ihnen entwickeln seit dem Kampf gegen die Kirche eine emsige Tätigkeit. Sie geben Schriften heraus und vertreiben sie selber. Neben ihnen besuchen auch Nonnen regelmäßig die Familien und bearbeiten die unsicheren oder gleichgültigen Frauen. Auf dem Lande sorgen Gruppen, die sich „Katholische Aktion der Frau“ nennen, für diese Art Aufklärungsgeschäft. Wie groß der Widerstand dieser katholischen Gruppen gegen manche Maßnahmen des Staates ist, zeigen die Proteste der katholischen Eltern gegen die Beseitigung der Kreuzfixe in den Schulen. In vielen Orten erzwangen sie die Wiederanbringung in den Räumen. (Nebenbei bemerkt befand sich über dem Schreibtisch des sozialistischen Präsidenten der Cortes, BESTEIRO, noch vor einigen Wochen ein Kreuzfix. Ob er es beseitigt hat?) Hinter diesen protestierenden Eltern stecken offensichtlich die Pfaffen. Sie stecken sich auch hinter den Kampf gegen freihetlich Gesinnung auf dem Lande. Erst vor wenigen Tagen wollte eine Menge in einer Ortschaft bei Ciudad Real einem Müller, der wegen seiner fortschrittlichen Ideen bekannt war, die Leitung in seiner Mühle durchschneiden. Als ein Beamter erschien, wurde er mit den Rufen „Es lebe die Jungfrau! Nieder mit dem Licht!“ empfangen. Dieser Vorfall wurde im Parlament zur Sprache gebracht.

Diese Aktivität wird in den katholischen Blättern noch eifrig geschürt. Alle Reden, die in den zahllosen Versammlungen gehalten werden, alle Zeitungsartikel katholischer Politiker hämmern der Frau ein, welche gewaltige Verantwortung auf ihren Schultern heute ruhe. Das Vaterland, die Familie, Recht und Glauben stünden auf dem Spiele und die Frau trüge die Verantwortung, wenn alle diese heiligen Werte, wenn Spanien und die Kultur untergingen. Wie leicht kann man sich den Erfolg dieser demagogischen Hetze, bei der der Hinweis auf die Strafen im Jenseits nicht fehlen, ausmalen: Die Frau hört täglich von großen Streiks im Lande, von Aufruhr, Mord und Diebstählen, und glaubt, da sie die Zusammenhänge nicht erkennt, die Kirche spreche wahr. Die Ereignisse ziehen ja an der Frau völlig unverständlich vorüber.

Diese schmähliche geistige Vergewaltigung, dieser Mißbrauch des unmündigen Denkens der spanischen Frauen wird skrupellos ausgeübt, und kann zur Zeit überhaupt nicht verhindert werden. Zahllose Mitteilungsblätter der Pfarreien, eine ansehnliche Zahl katholischer und katholikenfreundlicher Zeitungen sorgen für ausgiebige Austübung dieser Giftmischerei.

Es ist kein Zweifel, daß die Regierung den Willen hat, die klerikale Wühlarbeit zu unterbinden. Aber alle Einzelmaßnahmen erweisen sich als wirkungslos, weil der Gegner ein scharfes Argument anwenden kann und mit großer Geschicklichkeit anwendet: Die Demokratie! Im Namen der Demokratie

und der Freiheit der Presse forderte vor kurzem ein Vertreter des rechten Bürgertums von AZANA die Aufhebung der Verbote kommunistischer und anarchistischer Zeitungen! Eine solche kaum zu überbietende Demagogie bereitet der Regierung AZANA manche Schwierigkeiten. Es ist bedauerlich, AZANA bei der Verteidigung seiner Maßnahmen gegen die katholische Presse nicht hinreichend gewappnet zu sehen. Man fühlt, daß diesem Manne, der wirklich einen Kulturkampf gegen die Kirche führen möchte, die Hände durch die demokratische Verfassung gebunden sind. Die Paragraphen der Verfassung und das Republikchutzgesetz, welches die Verfassung wieder auflöst, lassen unter Advokaten ein herrliches Versteckspiel zu, bei dem sich vorläufig die Katholiken als die geschickteren erweisen.

De Valera gegen England.

m London, 16. März.

Vor der Vertagung des irischen Landtages am Dienstag abend teilte Ministerpräsident DE VALERA mit, die Regierung schlage die Entfernung des Treueides zur englischen Krone aus der irischen Verfassung vor. Dann werde kein Bürger mehr Grund haben, den Gesetzen den Gehorsam zu verweigern. Im Hinblick auf die Organisation der Fianna Fail und deren republikanische Armees sagte DE VALERA, daß er sich für eine einheitliche Regierung und eine einheitliche Armee einsetze. Der Finanzminister MAC ENTEE kündigte ferner die Absicht der Regierung an, die jährlichen Entschädigungszahlungen an England im Betrage von drei Millionen Pfund einzustellen. Falls diese Maßnahme durchgeführt werde, bräuchten die vorgesehene Gehaltskürzungen nicht erfolgen.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 18. März, um 20.15 Uhr, in der Gastwirtschaft Kröger, Brunnenstraße 28 (Eingang Bleichertwiete). Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Berlin: Donnerstag, den 17. März, um 20 Uhr, in Neukölln, Lokal Boß, Allerstraße 40, Ecke Weisestraße. Thema: „Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?“

Dienstag, den 22. März, um 20.15 Uhr, im Volkshaus Eimsbüttel, Eichenstraße 61. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Dortmund-Hörde: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Haus, Bollwerkstraße 40. Thema: „Die Aufgaben der Arbeiterschaft nach dem 18. März.“

Erfurt: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstraße (Hintergebäude). Thema: „Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise“.

Hamburg: Sonnabend, den 19. März, um 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, Marschnerstraße 36. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Leipzig: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volkshaus, Zeitzer Str. 32. Thema: „Die politische Lage nach dem 18. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft“.

Raschau: (Erzgebirge). Freitag, den 18. März, um 20 Uhr, in der Sporthalle. Thema: „Die politische Lage nach dem 18. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft“.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Burg b. Magdeburg: Donnerstag, 17. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer großen öffentlichen Versammlung in der Zentralthalle, Burg, über das Thema: China und das europäische Proletariat. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Brandt sieht sie voller Mißtrauen an. Broucq fällt energisch ein: „Die Landrux hat vollkommen recht. Was soll sie denn hier? Draußen bei den Arbeitern ist sie wichtiger.“ Lomnier und Milaut verteidigen dieselbe Ansicht.

„Wenn ich mich nur auf jeden verlassen könnte!“ herrscht Brandt die Rothaarige an.

„Verdiene ich Ihr Mißtrauen? Wer war in den letzten Jahren Ihre treueste Gehilfin? Bin ich unzuverlässig, weil ich Ihren Sieg vollenden helfen will?“ Rhées Lippen zittern vor Erregung.

„Aber es muß mein Sieg sein!“ versetzt Brandt grob. Plötzlich reicht er Rhée freundlich die Hand. Er hat ihre gequälten Augen gesehen. Ja, sie war seine treueste Schildträgerin, aus jeder Pore springt ihm ihre leidenschaftliche Liebe entgegen. Er kann ihr nicht mehr geben als Kameradschaft. „Gut, liebe Landrux. Sie versprechen mir, nichts zu provozieren, was unser großes Ziel in falsche Richtung bringt?“

„Leise und sphinxhaft klirrt ihr Lachen. „Ich verspreche Ihnen alles, was Sie wollen. Ich leiste jeden Eid darauf, daß Sie doch morgen in Paris diktieren.“

Broucq knurrt in seinen Urwald: „Das eine sage ich, Brandt! Kommen Sie nicht binnen einer halben Stunde heil und mit dem Sieg in der Tasche aus dem Quai d'Orsay wieder heraus, dann fliegt heute nacht Paris in die Luft! Das ist dann nicht unsre Schuld. Lassen Sie den alten Seigneur darüber nicht im Zweifel...!“

XXII

Am Quai d'Orsay sind alle Minister versammelt. Saint Brice hat sich bereit, die Verantwortung, die er durch Aufhebung der Haftbefehle auf sich nahm, rasch auf die Schultern seiner Kollegen zu verteilen. Ein Teil der Herren mimt Entrüstung. Mit dem Aufrührer soll verhandelt werden!

„Hol uns der Henker!“ knirscht Humette. „Schließlich gibt's Tränen und Bruderkuß.“

„Kritik ist billig“, verteidigt sich Saint Brice. „Oder war einer von Ihnen bereit, die Folgen eines weiterdauernden Generalstreikes auf sein Gewissen zu nehmen? Ich trete ihm sofort mein Amt ab.“

Die Minister sehen einander vorbei und schweigen. Der Innenminister fragt kleinlaut: „Was soll denn die Basis Ihrer Verhandlungen mit Herrn Brandt sein?“

„Je nachdem“, erwidert Saint Brice. „Ich habe das Gefühl, daß Brandt sich der Schwere seiner Verfehlungen bewußt geworden ist. Er sieht, daß der Streik ihm über den Kopf wächst.“

„Inzwischen wächst uns Capponi über den Kopf!“ poltert Humette. „Wir sind außenpolitisch pleite. Polen und die kleine Entente fallen ab wie Fliegen. Belgrad hat vielleicht schon sein pater peccavi nach Rom depechiert! Demnächst schneidet der deutsche Botschafter herein und legt den zerfetzten Versailler Vertrag auf den Tisch!“

In diesen Ausbruch des Kriegsministers fällt die telefonische Meldung des Kommandanten von Paris, daß mehrere tausend Arbeiter an der Place de la Chapelle den Truppenkordon durchbrochen haben und bis zur Gare du Nord vorgedrungen sind. Die Truppenführer seien durch die Aufhebung der Haftbefehle plötzlich unsicher geworden.

„Keine nutzlosen Zusammenstöße provozieren!“ befiehlt Saint Brice, ohne zu überlegen. „Kein Blutvergießen, solange es sich um friedliche Demonstrationen handelt.“

Am andern Drahtende stöhnt der Kommandant von Paris: „Schießen! Nicht schießen! Was soll ich nun eigentlich tun? Entweder man paktiert oder knuppelt nieder.“

„Ich stelle alle Maßnahmen Ihrem pflichtgemäßen Ermessen anheim“, sagt der Ministerpräsident, hängt ab und ist stolz, sich so weise aus der Schlinge gezogen zu haben.

Während das Kabinett um sein Schattendasein ringt, fährt Brandt dem Stadttinnern zu. Sein Herz ist von Sorge und Zweifel zerquält. Er hat ungeheuerliche Millionenheere in Bewegung gesetzt... wohin? Jenseits der Alpen marschieren italienische Flieger und Divisionen auf! Muß nicht das chaotische Frankreich den Appetit Capponis ins Ungemessene steigern? Noch eine Stunde — dann setzt der Generalstreik im ganzen Land ein! Alle Streikkomitees haben ihre Befehle: zehn Uhr abends, falls kein Widerruf erfolgt! Eine Stunde Honkorsfrist. Nein, in einer Stunde muß Brandt Staatschef sein! Sonst brausen die roten Heere los... Und draußen pocht Capponi an die französischen Sperrforts!... Kann ein einzelner solche Zentnerlasten auf seinem Rücken und Gewissen schleppen...“

Das Auto passiert den Boulevard de Clichy. Hier wird es angehalten. Brandt für verhaftet erklärt. Er protestiert. Ein herzuweilender Offizier weiß nichts von aufgehobenen Haftbefehlen. Die Weisung der Regierung hat die unteren Dienststellen noch nicht erreicht. Endlich bequemt sich der Offizier zu einer telephonischen Anfrage. Es vergeht fast eine halbe Stunde, ehe er zurückkommt. Er entschuldigt sich, schwingt sich auf den Sitz neben dem Chauffeur. Das Auto saust los.

Es ist halb zehn vorbei, als Brandt mit dem Offizier die Stufen des Außenministeriums hinaufsteigt, vorüber an Posten, die jeden Treppenaussatz bewachen.

Jetzt tritt er über die Schwelle des Zimmers, das gestern noch seine Befehle hörte. Heute kommt er als... Bittender? Als Gefangener? Oder als neuer Herr...?

Saint Brice erhebt sich langsam und mit betonter Würde aus seinem Lehnstuhl. Am Fenster steht Humette mit glasigen Augen. Der begleitende Offizier zieht sich auf einen Wink zurück. Drei Sekunden tiefe Stille.

„Ich habe Ihnen die erbetene Unterredung bewilligt, weil ich voraussetze, daß Sie mir Ihre bedingungslose Unterwerfung mitteilen wollen.“ Saint Brice hat selbstbewußt, aber nicht unfreundlich gesprochen.

Brandt kommt langsam auf den Tisch zu. Scharf und überlegt fallen seine Worte. „Die Zeit ist knapp zugemessen, Baron. Ich verzichte auf Einleitungen und Rechtfertigungen. In einer halben Stunde geht die gestellte Frist zu Ende. Zwecklose Verhandlungen wären Luxus. Tritt die Regierung unverzüglich zurück oder nicht? Im letzteren Falle hätten wir einander nur wenig zu sagen...“

Humette kommt mit sprungartigen Schritten vom Fenster. „Diesen Ton erlauben wir Ihnen nicht!“

Saint Brice legt die Hand auf den Arm des Kriegsministers: „Bitte die Führung der Verhandlungen mir als dem verantwortlichen Chef zu überlassen“, sagt er freundlich, doch bestimmt. Dann fällt er Brandt scharf ins Auge. „Ich bin tief enttäuscht, daß Sie Ihre unerhörten Forderungen aufs neue vorzubringen wagen. Abtreten soll die Regierung? Um wem Platz zu machen?“

(Fortsetzung folgt.)

Das „Blaue Band“ des Ozeans.

Hapag-Lloyd.

Vor einigen Monaten ist den deutschen Schiffahrtskonzernen von Seiten des Reichs ein Kredit von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, von dem die beiden größten Firmen, Hapag und Lloyd, die direkt oder indirekt etwa 90 Prozent der deutschen Schiffahrt beherrschen, je 8 Millionen Mark erhielten. Der Kredit läuft am 1. April ab; es bestehen jedoch starke Zweifel darüber, ob die Schiffahrtsgesellschaften in der Lage sein werden, ihn dann zu entbehren. Die Bankschulden der beiden Großkonzerne betragen etwa 150 Millionen Mark! Da der Staat jetzt auch die Großbanken mehr oder weniger kontrolliert, kann er der Schiffahrt auf dem Wege über sie helfen. Er wird diese Möglichkeit wahrscheinlich ausnutzen, um die am 1. April ablaufenden Bankkredite zu verlängern und die Zinsen dafür auf 6 Prozent herabzusetzen.

Im Herbst vorigen Jahres ist den Reedereien die Industrieumlage für Reparationen erlassen worden, wodurch sie jährlich 1½ Millionen sparen.

Da das Reich für abgewrackten Schiffsraum eine Prämie von 20 bis 40 Mark pro Tonne zahlen will, werden Hapag und Lloyd auf diese Art eine weitere Subvention von 4 Millionen Mark vom Reich erhalten.

Wie kommt das Reich dazu, neben seinen übrigen Sorgenkindern (z. B. Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen) auch die Schiffahrtsunternehmer mit vielen Millionen Mark zu unterstützen? Die hier aufgezählten Maßnahmen stellen ja bei weitem nicht alle Hilfe dar, die der Schiffahrt vom Reichsverkehrsministerium zugeflossen ist.

Nach dem Kriege war die deutsche Flotte beträchtlich kleiner als zuvor, während die meisten anderen Länder, vor allem aber die USA, ihre Flotte ausgebaut haben und nachher noch viele deutsche Schiffe erhielten. Infolgedessen waren in Deutschland viele überflüssige Seeleute, in Amerika zu wenige. Das Abkommen zwischen der deutschen und amerikanischen Schiffahrt hat hier einen Ausgleich geschaffen. Um bei diesem Abkommen keine untergeordnete Rolle zu spielen, um dem nationalen Bedürfnis nach einer Flotte Rechnung zu tragen, und auch aus einem wirtschaftlichen Bedürfnis heraus (denn die Flotte war wirklich stark eingeschrumpft) wurden in Deutschland neue Schiffe gebaut. Das Kapital hierzu wurde vom deutschen Staat gegeben in Form von Entschädigungssummen zum Wiederaufbau, außerdem vom Ausland in Form von Anleihen, die jetzt schwer auf der Schiffahrt lasten. So waren die Gesellschaften in der Lage, immer neue Schiffe zu bauen, viel mehr, als der Verkehr erforderte. Noch im Jahre 1929/30 wurden die beiden Luxusdampfer „Bremen“ und „Europa“ in Betrieb gesetzt, die wohl eher dazu dienten, das „Blaue Band“ für Deutschland zu erobern, als einen Mangel an Schiffsraum Abhilfe zu schaffen. Aber da Geld zur Verfügung stand, lag ja auch kaum ein Grund vor, die Schiffe nicht zu bauen. Das „Blaue Band“ haben sie auch beide erobert und damit „einen Prestigegewinn für die deutsche Schiffahrt“, wie von den Reedereien stolz versichert wird. Zudem behaupten sie, daß mit den Schiffen bisher sogar noch Ueberschüsse erzielt worden sind, ein in diesem Wirtschaftszweig scheinbar ungewöhnliches Ereignis.

Aber diese Ueberschüsse reichen nicht hin, um die 40 Millionen Mark zu decken, die schätzungsweise durch reinen Verkehrsrückgang bei der Hamburg-Amerika-Linie im vergangenen Jahr verloren gegangen sind, oder die 800 000 bis 900 000 Mark, die Hapag-Lloyd während der ersten Monate nach Entwertung des englischen Pfundes monatlich verloren haben, da sie ihre Einnahmen in entwerteten Pfunden erhielten. Da bleibt dem Reich eben nichts weiter übrig, als durch neue Subventionen zu helfen; — denn wie könnte es auch verantworten, daß auch nur einer der großen Schiffahrtskonzerne (die das „Blaue Band“ für Deutschland erobert haben!) in finanzielle Schwierigkeiten gerät oder gar bankrott macht? Der oben erwähnte Kredit von 20 Millionen Mark wurde jedoch nicht bedingungslos bereitgestellt. Das Verkehrsministerium verlangte, daß bis zum Ablauf des Kredits (am 1. April) ein Vorschlag vorgelegt werden müsse, der ein selbständiges Weiterarbeiten ohne Reichshilfe sicherstellt.

Wie denkt man sich die Verwirklichung dieser Forderung? Hapag und Lloyd haben bisher eine Interessengemeinschaft gehabt, die unter anderem Teilung der Gewinne vorsah. Jetzt wird eine Vollfusion der beiden Gesellschaften vorgeschlagen. Was wird dadurch erreicht? Vielleicht werden dann so viele Schiffe abgewrackt werden, daß das Reich auf dem Wege der Abwrackprämie einen Teil der für die Fortsetzung des Betriebes erforderlichen Mittel liefert. Das wird aber nicht hinreichen, um die Konzerne wieder lebensfähig zu machen. Vielmehr haben diese berechnet, daß sie dazu je mindestens 40 Millionen Mark, zusammen also 80 Millionen Mark brauchen, deren Aufbringung sie wohl zum größten Teil vom Reich erwarten. Gewiß könnte bei der Verwaltung der Reedereien im Falle einer Fusion viel gespart werden. Aber wird man zu wirklichen Sparmaßnahmen greifen, wird man zum Beispiel eine Anzahl Direktoren abbauen und die Bezüge von Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern herabsetzen? Wird man nicht vielmehr die Macht, die der Hapag-Lloyd-Konzern als einziges großes Schiffahrtsunternehmen in Deutschland haben würde, so weit wie

möglich zum Druck auf die Löhne und zur Ausbeutung des Publikums ausnutzen? (Wir übersehen hierbei nicht, daß diese Macht, solange es sich nur um einen nationalen Konzern handelt, nicht sehr groß sein kann, da die Schiffahrt ja international ist.)

Ein anderer Plan, der zur Sanierung der deutschen Schiffahrt ins Auge gefaßt wird, ist der, für jede Linie eine besondere Gesellschaft zu bilden. Dadurch würde der Verwaltungsapparat erheblich dezentralisiert werden, was vielleicht ein Vorteil wäre. Vor allem würden dadurch die rentablen von den unrentablen Linien klar geschieden werden. Natürlich würde auch hier jede Linie ein nationales Monopol inne haben. Die heutigen finanziellen Schwierigkeiten der Konzerne würden durch keinen dieser Pläne behoben werden. Es ist also vor auszusehen, daß in dieser oder jener Form das Reich auch nach Ablauf der gestellten Frist den Trägern des „Blauen Bandes“ behilflich sein wird.

Der Wettlauf.

1929 eroberte die „Bremen“ das „Blaue Band“. Die Schiffahrtsgesellschaften anderer Länder und die Staaten, von denen diese Gesellschaften subventioniert wurden, konnten es nicht auf sich sitzen lassen, daß ihre Schiffe den deutschen nicht ebenbürtig seien. Der Wettlauf begann.

Die englische Cunard-Gesellschaft begann mit dem Bau eines 75 000 Tonnen-Dampfers, während die deutschen Riesendampfer nur 50 000 Tonnen groß waren. Dieses neue Luxussschiff sollte die „Bremen“ schlagen. Jedoch der Bau eines Dampfers dauerte lange, und die Wirtschaftskrise greift schnell um sich! Cunard sah sich kürzlich gezwungen, die Arbeiten an diesem Dampfer einzustellen — und kann sie vorläufig auch nicht wieder aufnehmen, da der Staat sich bisher geweigert hat, die Gesellschaft zu unterstützen, um dadurch „den Sieg über den Ozean“ für England zu retten.

Auch Frankreich wollte nicht zurückbleiben. Sein Ehrgeiz reichte zwar nicht so weit, wie der des englischen Konkurrenten: das Schiff, dessen Bau hier in Angriff genommen wurde, sollte nur 60 000 Tonnen groß werden. Ueber 80 Millionen Mark sind schon vom Staat dafür ausgegeben worden. Doch auch hier denkt man daran, die Arbeiten einzustellen. Dafür spricht nicht nur, daß die Finanzlage der französischen Schiffahrts-

gesellschaft, der Compagnie Générale Transatlantique, infolge der Wirtschaftskrise, mehr aber noch infolge grober Mißwirtschaft der Direktion völlig erschüttert ist, sondern auch, daß ein Bedarf für den neuen Luxusdampfer beim besten Willen nicht festgestellt werden kann. Ueber 50 Millionen Mark müßte der Staat noch für den Bau des Schiffes ausgeben, ferner nach dessen Fertigstellung etwa 4,8 Millionen Mark jährlich.

Der französische Senat ist sehr gegen diese Unterstützung der Schiffahrtsgesellschaft. Die Berechtigung dieses Unwillens hat der Bericht einer Untersuchungskommission über die Lage der Gesellschaft ergeben, aus dem hervorging, daß die Bilanz gefälscht war, daß mit der „doppelten Buchführung“ in diesem Geschäft sehr großzügig operiert wurde. Zum Beispiel wurden 120 000 Mark, die für Festlichkeiten anlässlich der Inbetriebnahme eines Schiffes ausgegeben wurden, unter „Renovierung“ verbucht! Doch werden auch diese Aufdeckungen die Regierung letzten Endes nicht dazu veranlassen, das Unternehmen bankrott gehen zu lassen, sondern sie bemüht sich vielmehr, die eingehendere Erörterung des Skandals zu unterbinden und statt dessen die Gesellschaft möglichst schnell und reichlich mit neuen Geldmitteln zu versorgen. Der Staat weiß, was er der „nationalen Ehre“ schuldig ist und daß er den Bau des neuen Dampfers nur einstellen darf, wenn die Engländer vorher das gleiche tun.

Auch in Italien ist die Lage nicht anders. Auch hier sind die Schiffahrtsgesellschaften in Händen des Staates, der sich die größte Mühe gibt, seine ausländischen Konkurrenten zu übertreffen. Er zahlt den Schiffahrtsgesellschaften im Durchschnitt jährlich 40 bis 50 Millionen Mark. Um diese Unkosten einigermaßen zu beschränken, sind in Italien kürzlich die wichtigsten Gesellschaften zu drei Konzernen zusammengeschlossen worden.

Der nationale Ehrgeiz ist eines der Hauptübel, das die Schiffahrt in die jetzige schlimme Lage gebracht hat. Dazu kommen noch Maßnahmen, die den internationalen Handel beschränken und dadurch der Schiffahrt einen schweren Schlag versetzen. Um die Schäden, die der Schiffahrt dadurch zugefügt worden sind, wieder gut zu machen, werden von den verschiedenen Staaten immer neue Pfaster auf die Wunden gedrückt.

(Ob und in wiefern solche Hilfsmaßnahmen der Staaten berechtigt oder gar erforderlich sind, werden wir in einem zweiten Aufsatz untersuchen.)

Hilde Meisel.

Deutscher Ausfuhrüberschuß im Februar: 97 Mill. Mark.

Die deutsche Ausfuhr ist im Februar wertmäßig um 4 Millionen Mark gegenüber dem Januar zurückgegangen; mengenmäßig hat die Ausfuhr jedoch eine kleine Zunahme erfahren. Dabei ist einerseits zu bedenken, daß der Februar um zwei Tage kürzer ist als der Januar, andererseits, daß im Februar die Ausfuhr nach England (vor dem Niedergehen der Zollschranken besonders groß war.

Bei der Vergleichung der Einfuhrziffern für Januar und Februar müssen wir berücksichtigen, daß im Januar die Einfuhr in der Statistik mit 15 Millionen Mark überhöht erscheint durch Lagerabrechnungen, die im Januar vorgenommen wurden. Damit ergibt sich: Die Einfuhr hat nicht nur, wie unsere folgende Tabelle zeigt, um 1 Million Mark, sondern um 16 Millionen Mark zugenommen.

Das Ergebnis dieser Verschiebung ist: Der Ausfuhrüberschuß ist von 117 Millionen Mark im Januar auf 97 Millionen Mark im Februar zurückgegangen. Er beträgt nur rund zwei Drittel des Ausfuhrüberschusses vom Februar 1931. Die Einzelheiten gehen aus der nachstehenden Tabelle hervor.

Deutscher Außenhandel.

(In Millionen Mark.)

Monat	Insgesamt			Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Einl.	Ausf.	Saldo	Einl.	Ausf. 1)	Einl.	Ausf. 2)	Einl.	Ausf. 2)
1913	898	841	- 57	234	89	523	190	116	582
1927	1186	900	- 286	361	37	599	217	212	644
1928	1167	1023	- 144	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+ 3	319	58	600	244	169	819
1930	866	1003	+ 137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+ 240	164	30	289	151	102	615
1930 O. t.	884	1073	+ 289	249	36	430	208	143	817
1930 Nov.	784	931	+ 147	207	34	383	176	134	711
1930 Dez.	681	903	+ 222	192	33	359	169	122	697
1931 Feb.	620	778	+ 158	172	24	331	160	113	591
1931 Okt.	483	879	+ 396	158	36	225	148	95	691
1931 Nov.	482	749	+ 267	141	33	248	124	89	589
1931 Dez.	488	738	+ 250	158	32	241	116	86	589
1932 F. b.	441	538	+ 97	133	16	230	97	76	424

1) Monats-Durchschnitte.

2) Einschließlich Reparationslieferungen.

Die Ausfuhr von Fertigwaren ist, wie wir sehen, gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen (darunter die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen um 4,6 Millionen Mark), ebenso die Einfuhr von Rohstoffen. Beides ist an sich kein schlechtes Zeichen für die Widerstandskraft der deutschen Wirtschaft. Gegenüber der doppelten Belastung durch Notverordnung im Innern und Einfuhrhemmungen anderer Staaten. Doch scheint der weitere Rückgang des Ausfuhrüberschusses im Februar ein Zeichen dafür, daß infolge der Einfuhrdrosselung rings um Deutschland die Erzielung eines deutschen Ausfuhrüberschusses von Monat zu Monat schwieriger wird. Es ist aber nicht nur die künstliche Einfuhrdrosselung anderer Staaten, die der deutschen Ausfuhr hemmend entgegensteht, sondern auch die allgemeine Kaufkraftminderung durch die Wirtschaftskrise.

In welchen Gebieten der Absatz deutscher Waren besonders stark zurückgegangen ist, zeigt deutlich die folgende Tabelle, die wir dem *Wochenblatt für Konjunkturforschung* Nr. 48, vom 2. März 1932, entnehmen.

Die deutsche Ausfuhr nach Europa und Uebersee.

Absatzgebiete	Werte in Mill. Mark			Veränderung in % von 1929
	1929	1930	1931	
Europa (einschließl. UdSSR.)	9924	9377	7778	- 22
„ (ohne UdSSR.)	9570	8947	7016	- 27
davon: Agrarländer	1991	1778	1295	- 35
Industrieländer	7576	7166	5719	- 25
Rußland	354	451	762	+ 115
Uebersee	3548	2649	1814	- 49
davon: Amerika	2093	1512	955	- 54
Asien	1042	804	640	- 39
Afrika	312	268	184	- 41
Australien	101	65	36	- 65

Die Ausfuhr nach überseeischen Agrar- und Rohstoffländern ist also besonders stark zurückgegangen; dort ist ja bekanntlich die Kaufkraft besonders stark geschrumpft. Der Rückgang der Ausfuhr nach Europa ist längst nicht so groß. Auch in Europa ist der Rückgang der Ausfuhr in Agrarländer stärker als der Rückgang der Ausfuhr in Industrieländer. Die Tabelle zeigt ferner, welche starke Stütze die russischen Bestellungen für die deutsche Ausfuhr bildeten. Sie haben ungefähr ein Fünftel des Rückgangs der Ausfuhr nach dem übrigen Europa wettgemacht.

Damit die deutschen Auslandsverpflichtungen 1932 erfüllt werden können, wird es notwendig sein, daß die deutsche Regierung nicht weiterhin, wie das zum Beispiel durch Agrarzollmaßnahmen mehrfach geschehen ist, das Ausland geradezu herausfordert, die Einfuhr deutscher Waren abzudrosseln.

H. H.

DEUTSCHLAND

Sparkassen: Der Einlagenbestand der deutschen Sparkassen ist von 9726 Millionen Mark im Dezember 1931 auf 9887 Millionen Mark im Januar gestiegen. Die Zunahme entstand nicht durch Einzahlungen, sondern durch die zu Beginn des Jahres erfolgten Zinsgutschriften in Höhe von 215 Millionen Mark und Aufwertungsgutschriften in Höhe von 55 Millionen Mark. Diese Gutschriften nicht eingerechnet, überstiegen die Auszahlungen mit 673 Millionen Mark die Einzahlungen, die 565 Millionen Mark ausmachten. Der Auszahlungsüberschuß betrug im

November 197 Millionen Mark,
Dezember 197 Millionen Mark,
Januar 108 Millionen Mark.

Der Rückgang des Auszahlungsüberschusses ist auf eine Zunahme der Einzahlungen zurückzuführen.

Die Berliner Baugenossenschaft, e. G. m. b. H., der Häuser mit etwa 1500 Wohnungen gehören, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten, zum Teil infolge von Mietausfall wegen Arbeitslosigkeit. Die Mieteingänge werden künftig einen Treuhänder der Hypothekengläubiger zugeführt.

Der Zollobertarif soll vom 1. April ab gegen Polen und Kanada in Anwendung kommen.